



Innenausschuss

45. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

26. September 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/7200	
	Vorlage 17/2363 Vorlage 17/2435	
	Einzelplan 03 – Ministerium des Innern	

¹ Vertraulicher Teil mit TOP 11 siehe vAPr 17/18.

- 2 Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz – GefTierG NRW) 10**
- Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7367
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, sich nachrichtlich und nicht pflichtig an einer möglichen Anhörung des federführenden Ausschusses zu beteiligen.
- 3 Weiterentwicklung des Opferschutzes in Nordrhein-Westfalen 11**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6742
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Rechtsausschuss nachrichtlich zu beteiligen.
- 4 Erste Arbeitsergebnisse der Stabsstelle „Revision der kriminalpolizeilichen Bearbeitung von sexuellem Missbrauch an Kindern und Kinderpornografie“ (Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 1]) 12**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2458
- 5 Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst und weiterer Gesetze 21**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7320
- 6 Bodycams: Abschlussbericht der Evaluation des Pilotversuchs zur Erprobung des Einsatzes von Bodycams im täglichen Polizeidienst (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]) 22**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2409

- 7 Nach zweitem Tötungsdelikt am Kölner Ebertplatz: Fragwürdige Behauptung von Innenminister Reul zu Restaurantbetrieb** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **25**

In Verbindung mit:

Afrikaner liefern sich tödliche Auseinandersetzung mitten in Köln *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Und:

Welche zusätzlichen Maßnahmen werden zur Verbesserung der Situation am Kölner Ebertplatz ergriffen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2426

- 8 Personelle Stärkung der Kriminalpolizei – was plant der Innenminister konkret?** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **27**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2463

- 9 Wie ist der Sachstand bei der Errichtung von zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Ausweitung des Unterbindungsgewahrsams?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])* **29**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2457

- 10 Verschiedenes** **31**

Der Ausschuss kommt überein, seinen Beschluss über die Durchführung einer Dienstreise im Januar 2020 nach Israel aufzuheben.

5 Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7320

Vorsitzender Daniel Sieveke weist darauf hin, aufgrund der Befristungsregelung sei das Inkrafttreten des Gesetzes zum Jahreswechsel sinnvoll. Bislang hätten die Fraktion signalisiert, auf eine Anhörung zu verzichten, sodass man die Voten der mitberatenden Ausschüsse abwarten und am 20. November 2019 über den Gesetzentwurf abstimmen könnte, um das Plenum Ende November zu erreichen.

Verena Schäffer (GRÜNE) stellt fest, der Koalitionsvertrag enthalte den Prüfauftrag für eine eigene Fachhochschule der Polizei. Sie möchte wissen, ob man diesen Auftrag als erledigt ansehen könne, da man die Polizei nun in den Titel der Fachhochschule aufnehme.

Minister Herbert Reul (IM) erläutert, solange dort Polizisten ausgebildet würden, müsse Polizei auch im Namen der Hochschule auftauchen. Dies schließe nicht aus, dass man den im Koalitionsvertrag niedergelegten Gedanken zu einem späteren Zeitpunkt aufgreife.

Verena Schäffer (GRÜNE) meint, da es sich bei der Polizei um einen Teil der öffentlichen Verwaltung handele, hielte sie den bisherigen Titel der Fachhochschule für ausreichend. Sie hoffe darauf, dass die Landesregierung damit keine eigene Fachhochschule für die Polizei einrichte.

